

Auszug aus dem Wortbeitrag der Fraktionsvorsitzenden Kerstin Baumann

Im Jahr 2010 wurde der Haushalt im Juni verabschiedet. Damals wie man meinte mit dem in der Geschichte der Stadt Trendelburgs größtem dagewesenem Defizit von 2,1 Mio. €. Der Haushalt 2011 schließt ab mit einem Defizit von 2 Mio. €, 100.000,00€ weniger als im letzten Jahr. Das wurde jedoch nicht durch Sparmassnahmen erreicht, sondern durch Aufschieben von Investitionen und Unterhaltungsmassnahmen (Gemeindestrassen). Zudem weist der Haushalt einen Finanzmittelfehlbedarf von 3,3 Mio. € aus, d.h. die Stadt Trendelburg gibt 3,3 Mio. € mehr aus, als sie einnimmt. Wir leisten uns nach wie vor Dinge, die wir uns eigentlich nicht leisten könnten.

Natürlich darf der Anstieg der Kreis- und Schulumlage und der damit verbundene Anstieg der Zahllast für unsere Stadt von 200 T€ in 2008 auf 900 T€ in 2011 nicht außer Acht gelassen werden, aber das darf nicht darüber hinweg täuschen, dass wir über unsere Verhältnisse leben.

Diese Entwicklung gilt es auf jeden Fall zu stoppen. Bereits in der letzten HFA-Sitzung hat man sich fraktionsübergreifend darauf verständigt, die Steuerhebesätze zum 01.01.2012 zu erhöhen.

Jedoch will die CDU-Fraktion nicht nur einseitig die Bürger durch Gebührenerhöhungen belasten, die Verwaltung selbst muss ebenso handeln und sparen.

Die CDU-Fraktion erwartet von der Verwaltung die Bereitschaft, wo auch immer es möglich ist, sparsamer zu wirtschaften. Das schliesst z.B. mit ein, dass Planungen sehr genau geprüft werden und nach möglichen kostengünstigeren Lösungen gesucht wird.

Von der Verwaltungsspitze erwarten wir innovative Vorschläge, wie und wo gespart werden kann und eben nicht nur bei den freiwilligen Leistungen, sondern auch bei den Pflichtaufgaben. Bisher kam da zu wenig. Die Verantwortung für unangenehme Sparmassnahmen sollten zudem meist die Stadtverordneten übernehmen.

Nach wie vor soll überwiegend an den freiwilligen Leistungen gespart werden. Wir halten es aber für unabdingbar, dass auch bei den Pflichtaufgaben gespart wird: Alles muss auf den Prüfstand. Auch die Kommunalaufsicht weist in ihrer aufsichtsbehördlichen Genehmigung des Haushalts 2010 ausdrücklich darauf hin. Insbesondere sind hier alle rechtlich möglichen Einnahmen zu realisieren. Da geht das gar nicht, dass mal eben auf 80.000,00 € Stromkosten verzichtet wird. Ebenso müssen noch offene Beiträge sehr viel zügiger eingetrieben werden. Da geht es gar nicht, dass Widerspruchsverfahren seit 4 Jahren laufen und ein Ende immer noch nicht absehbar ist.

Bei Investitionen ist auf jeden Fall eine Analyse der Wirtschaftlichkeit auch unter Berücksichtigung der Folgekosten vorzunehmen, was in der Vergangenheit allzu oft unterlassen wurde.

Interkommunale Zusammenarbeit: bereits in 2009 von den Stadtverordneten beschlossen, hat sich innerhalb der letzten 2 Jahre außer einigen Sondierungsgesprächen Nichts getan. (Außer einer halbjährig befristeten Zusammenarbeit der Standesämter Trendelburgs u. Bad Karlshafens im Rahmen einer Urlaubs- und Krankheitsvertretung, Ende: 31.12.2010)

Ein mehr als unbefriedigendes Ergebnis, welches die Verwaltungsspitze zu verantworten hat!

Berichtswesen: Die Stavo ist mehrmals jährlich (also mind. 2 mal) über den Stand des Haushaltsvollzuges zu unterrichten. Auch das ist bisher nicht geschehen.

Unter normalen Umständen könnte man einem solchen Haushalt nicht zustimmen!

Zustimmung oder Durchwinken nur, damit nichts still steht (FW-Haus Gottsbüren, EKVO Gottsbüren und Eberschütz)

- Zustimmung, weil wir (Mandatsträger) anfangen Dinge auf den Weg zu bringen, die schon längst von der Verwaltungsspitze hätten angepackt werden müssen.
- Würde der Haushalt 2011 heute abgelehnt, würden wir diesen im September beschliessen können und hätten dann vielleicht im Oktober/November einen genehmigten Haushalt vorliegen. Das ist der Zeitraum, in dem andere Gemeinden bereits über ihren nächsten Haushalt, den 2012er beraten.
- Die CDU-Fraktion erwartet die Einbringung des Haushalts 2012 im November diesen Jahres
- Außerdem geht der CDU-Fraktion das Haushaltssicherungskonzept (HSK) nicht weit genug. Wenn überhaupt, sind Maßnahmen, durch welche der Haushaltsausgleich erreicht werden soll, erst ab 2012 vorgesehen.